

502/A(E) XXI.GP
Eingelangt am: 26.09.2001

DRINGLICHER ANTRAG

der Abgeordneten Öllinger, Glawischnig, Freundinnen und Freunde

betreffend Position der Bundesregierung zu den Forderungen der ÖGB - Urabstimmung

ÖVP und FPÖ nehmen zur ÖGB - Urabstimmung unterschiedliche Positionen ein:

Die FPÖ meint, es handle sich um „no - na - Fragen“ (Westenthaler in der APA - Meldung 425 vom 28.8.01) bzw. um "Selbstverständlichkeiten" (LH Haider, APA - Meldung 614 vom 31.8.01).

Demgegenüber vertritt ÖVP - Wirtschafts - und Arbeitsminister Bartenstein die Auffassung, dass die von seinem Koalitionspartner als Selbstverständlichkeit bezeichneten Forderungen unerfüllbar seien. Dies gelte etwa für die Forderung nach Abfertigung ab dem ersten Tag auch bei Selbstkündigung (Kurier vom 24.9.01). Die Urabstimmung sei ein "Anschlag auf den Standort Österreich"

Diese Aussagen eines ÖVP - Regierungsmitglieds, in denen er die Inanspruchnahme eines in jeder Demokratie selbstverständlichen Rechts als Anschlag auf den Standort Österreich diffamiert, erachten die AntragstellerInnen als skandalös.

Die Aussagen Bartensteins belegen einmal mehr, dass eine glaubwürdige, kämpferische Gewerkschaftsbewegung in Österreich notwendiger denn je ist. Leider ist der ÖGB in seinem derzeitigen Zustand nicht in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen. Es herrscht massiver Reformbedarf, der von der derzeitigen ÖGB - Führung jedoch anscheinend nicht erkannt wird.

Dennoch halten die AntragstellerInnen die Durchführung der ÖGB - Urabstimmung für einen Schritt in die richtige Richtung (er wäre noch glaubwürdiger, wenn der ÖGB mit der gleichen Entschlossenheit auch gegen unsoziale Maßnahmen der SPÖ - ÖVP Bundesregierungen aufgetreten wäre). Außerdem ist es absolut notwendig, dass der ÖGB gleichzeitig Reformen zur Demokratisierung einleitet.

Die unterfertigten AntragstellerInnen sind der Auffassung, dass zur Orientierung der BürgerInnen dieses Landes eine klare Positionierung der Koalitionsparteien und der Bundesregierung zu den Forderungen der Urabstimmung unabdingbar ist. Auch das Abstimmungsverhalten der ÖAAB - Abgeordneten ist von öffentlichem Interesse, da ja auch die Christgewerkschafter den Forderungen in der Urabstimmung zugestimmt haben. Schließlich ist auch der Bundeskanzler gefordert, die Position der Bundesregierung klarzustellen. Die ÖGB - Mitglieder haben ein Recht zu erfahren, ob die Bundesregierung die Forderungen nun als „selbstverständlich“ (FPÖ - Position) oder als „Anschlag auf den Standort Österreich“ (Bartenstein) betrachtet.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

DRINGLICHEN ANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die österreichische Sozialpartnerschaft zu stärken und die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf alle Bereiche der Arbeitswelt auszuweiten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Pflichtversicherung beizubehalten, damit auch in Zukunft alle unabhängig von ihrem Einkommen auf die Gesundheits- und Pensionsversorgung vertrauen können.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zu gewährleisten, dass Lohnerhöhungen und Arbeitszeiten weiterhin durch die Gewerkschaften in Kollektivverträgen geregelt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Anspruch auf Abfertigung ab dem ersten Tag auch bei Selbstkündigung mit freier Verfügbarkeit durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine schulische und berufliche Bildungsoffensive einzuleiten, um die Zukunftschancen aller zu verbessern. Ziel ist: ein offener Bildungszugang ohne soziale Barrieren.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Dienste aufrechtzuerhalten und den unwiderruflichen Ausverkauf öffentlichen Eigentums (z.B. Betriebe, Strom, Wasser, Wälder) zu stoppen, um unsere Grundversorgung zu sichern.

In formeller Hinsicht verlangen die unterfertigten Abgeordneten, diesen Antrag gem. §74a Abs1 iVm §93 Abs 2 GOG dringlich zu behandeln.